

15. Kirchensynodalperiode	440.02	3. Tagung I Fulda
2023 -2027		17.-20. September 2025

Pfarrdiakon Detlef Löhde, Bachstr. 22, 30880 Laatzen

Antrag an die 15. Kirchensynode der SELK

Die 15. Kirchensynode möge beschließen:

Einer Politisierung der SELK soll gewehrt werden. Die Kirche enthält sich politischer Erklärungen zu Sachverhalten, die von Kirchgliedern auf dem Hintergrund der Heiligen Schrift und der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre unterschiedlich bewertet werden können. Eine politische Positionierung der Kirche missachtet die christliche Freiheit des Einzelnen und spaltet die Gemeinde.

Unabhängig davon, kann und soll der einzelne Christ sich nach bestem Wissen und Gewissen politisch zum Wohle der Allgemeinheit einsetzen (Jer 29, 7). Das kann auf unterschiedliche Weise geschehen.

Politische Schlagworte soll die Kirche weitgehend vermeiden und sie, wenn gefragt, aus biblischer Sicht beleuchten und bewerten. Klare Definitionen sind zur Erhellung unerlässlich. Ethische Fragen werden allein nach den Maßstäben der Heiligen Schrift bewertet, unabhängig von vorherrschenden gesellschaftlichen Überzeugungen.

Begründung

Die SELK wird von der Gesellschaft und auch von einzelnen Kirchgliedern angefragt, weshalb sie sich nicht, wie andere Kirchen, in politischen Fragen mehr positioniere. Doch unser Herr spricht (Joh 18, 36), „mein Reich ist nicht von dieser Welt“. Er hat seiner Kirche den Auftrag gegeben, zur Rettung der Menschen sein Evangelium zu verkündigen (Mt 28, 18-20) und nicht in der Welt zu regieren und Politik zu betreiben. Die Verkündigung der Botschaft Christi soll alle Menschen erreichen, unabhängig von ihren politischen Überzeugungen. Unser lutherisches Bekenntnis steht zur „Zwei-Reiche-Lehre“. Das heißt, der Staat regiert äußerlich und wir schulden seinen Gesetzen Gehorsam, aber er darf keinen Einfluss auf die Kirche nehmen wollen. Die Kirche aber wird allein vom Herrn durch sein Wort und Sakrament regiert, zu dessen Verkündigung und Verwaltung er Menschen in seinen Dienst berufen hat. Sie sind von ihm nicht beauftragt politisch tätig zu werden. Das werden sie nur tun, wenn der Staat die Kirche oder seine Bürger aufruft, gegen Gottes Wort und Gebot zu sprechen und zu handeln. Dann muss man Gott mehr gehorchen als den Menschen (Apg 5, 29) und ein Bekenntnis ablegen.

Antrag 440.02 wurde mit den erforderlichen Stimmen von mind. 50 Gemeindegliedern unterstützt und von den Gemeinden beglaubigt.

Insgesamt Zahl der Unterstützer 133 (ohne Gewähr)

Für das Präsidium

S. Löhde